

Hermannstädter Zeitung.

N^o. 167.

Erscheint täglich.
Kostet vierteljährig 2 fl. 50 kr.
Mit Postverfendung
im Inland 3 fl. 50 kr. ö. W.

Montag, 30. Juni 1862.

Bei Inseraten wird die
gespaltene Zeile mit 4 kr.
und die Stempelaabühr mit
30 kr. für jedesmaliges Ein-
schalten berechnet.

II. Jahrgang.

Anzeige.

Mit dem Monat Juni 1862 schließt das 2-te Quartal des Jahrgangs II der „Hermannstädter Zeitung.“ — Wir laden unsere verehrlichen Leser ein, auf das dritte Quartal der „Hermannstädter Zeitung“ zu pränumerieren.

Die „Hermannstädter Zeitung“ kostet in Hermannstadt für die Monate Juli, August und September 2 fl. 50 kr. ö. W.

Mit Postverfendung 3 fl. 50 kr. ö. W.

Hermannstadt, 26. Juni 1862.

Redaction der „Hermannstädter Zeitung.“

Zur Tagesgeschichte.

[Ihre Majestät die Kaiserin.] Das Abendblatt der „Wiener Zeitung“ vom 26. Juni enthält nachstehende Meldung: Im weiteren Verfolge der, in diesen Blättern gebrachten authentischen Nachrichten über den Zustand Ihrer Majestät der Kaiserin sind wir — diesfalls abweichend von beunruhigenden Notizen anderer Zeitungen — in der erfreulichen Lage melden zu können, daß der günstige Verlauf der von der erlauchten Kranken gebrauchten Trink- und Bädercur ungeachtet des ungunstigen Wetters der letzten Woche ungehindert blieb und das Befinden Ihrer Majestät ärztlicherseits als in jeder Hinsicht gebessert erkannt wird.

[In Sachen der Arab-Hermannstädter Eisenbahn.] Im „Magyar Sajto“ verteidigt sich Graf Georg Andrássy gegen die in diesem Blatte ausgesprochene Beschuldigung, als verhinde er durch die Förderung der Angelegenheiten der von Arab über Hermannstadt nach Bukarest zu bauenden Eisenbahn das Erreichen eines patriotischen Zweckes, nämlich den Bau der Eisenbahnlinie Großwardein-Kronstadt, auf welche die Theißbahn sechs Jahre lang gewartet hat. Er weist darauf hin, daß die Actien der Theißbahn sich größtentheils in nicht ungarischen Händen befinden und fragt, weshalb denn die Fürsprecher der Großwardein-Kronstädter Linie den Ausbau der Linie Arab-Bukarest verhindern und warum sie nicht lieber beide Linien gebaut sehen wollen?

[Der präsumptive Justizminister.] Die „Presse“ meldet: Nachdem der durch ein bössartiges Augenleiden herbeigeführte Rücktritt des frühern Justizministers Freiherrn v. Pratobevera, von seinem Posten ein definitiver geworden, soll nunmehr Dr. Duesar, Mitglied des Staatsrathes, und vor seiner Berufung in den Staatsrath Ministerialrath im Justizministerium anzuersuchen sein, die Leitung des Justizministeriums zu übernehmen.

[Cardinal Rauscher.] Nach einer Mittheilung der Pössi-schen Zeitung hat der Papst erklärt, er werde sich für den Fall eines französisch-piemontesischen Handstreiches als französischer Gefangener betrachten, gleichzeitig aber den von ihm längst in petto ernannten Vicar publiciren und ihm die einstweilige Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten überlassen. Daß dieser nicht der Erzbischof von Westminster, Cardinal Wiseman, sondern der Erzbischof von Wien Cardinal Rauscher sei, ist mehr als eine bloße Vermuthung.

[Besprechungen bezüglich des Budgets von 1863.] Hinsichtlich des Budgets für 1863 und des damit zusammenhängenden Schlusses der Session des Reichsrathes hat das Staatsministerium, wie man der „Presse“ berichtet, Privat-Besprechungen mit den Abgeordneten eingeleitet, um den bei dem Budget für 1863 zu beobachtenden Vorgang zu verabreden.

[Oesterreich auf der Londoner Ausstellung.] Die Zahlen der österreichischen Aussteller sind folgende: Aus Wien 442, Linz 18, Salzburg 6, daher aus Oesterreich 466. Aus Prag 99, Pilsen 9, Reichenberg 126, Budweis 5, Eger 6, daher aus Böhmen 245. Aus Brünn 53, Olmütz 20, daher aus Mähren 73. Aus Schlesien 36. Aus Lemberg 11, Krakau 6, Brody 1, daher aus Galizien 18. Aus der Bucowina 4. Aus Bosnien 8, Innsbruck 14, Feldkirch 3, Roveredo 14, daher aus Tirol 39. Aus Graz 34, Leoben 2, daher aus Steiermark 36. Aus Krain 8. Aus Kärnten 17. Aus Agram 7, Esseg 12, daher aus Croatien 19. Aus Triest 11. Aus Fiume 5, Görz 11, Udine 1, daher aus Istrien 17. Aus Siebenbürgen: Kronstadt 24. Aus Dalmatien: Zara 5. Aus Venedig 3, Verona 2, daher aus Italien 7, zusammen 1026.

[Ein Erlass des Churfürsten von Hessen.] Das Kasseler Gezeßblatt bringt folgende landesherrliche Verkündigung vom 22. d. M.:

„Auf Grund des Bundesbeschlusses vom 24. Mai d. J. wird die Verfassungs-Urkunde vom 5. Jänner 1831, nebst dem Gezeß vom 25. November 1831, die Legitimation der Landstände betreffend, vom 26. October 1848, die Wahl der Staatsdiener zu Abgeordneten betreffend, vom 5. April 1849, die Zusammenlegung und Wahl der Ständeversammlung betreffend, endlich die Geschäftsordnung der Ständeversammlung vom 20. Juli 1848 wieder in Wirksamkeit gesetzt. Die §§ 60 der Verfassung, den Verfassungseid der Officiere, und 61, die Verantwortlichkeit der Staatsdiener bei Verfassungs-Verletzungen, ferner das Gezeß vom 26. October 1848, den militärischen Oberbefehl betreffend, bleiben bis zur verfassungsmässigen Abänderung außer Wirksamkeit. Die Verfassung von 1860 und das Wahlgezeß vom gleichen Jahre sind aufgehoben. Die provisorischen Gezeße vom 4. September 1850 bis 13. April 1852, desgleichen die gezeßlichen Erlässe von 1852 bis 1860 bleiben bis zur verfassungsmässigen Abänderung in Kraft. Wegen Einberufung der Stände bleiben die Anordnungen vorbehalten.“

(Gegengezeichnet) Dehn-Rothfels. Pfeiffer. Osterhausen.
Stiernberg. Schel.

[Aus Turin.] Es bestätigt sich, daß Garibaldi nach Caprera zurückgekehrt ist. Bevor er sich in Genua einschiffte, besuchte er den gefangenen Obersten Cattabene im Gefängniß, konnte aber nur in Gegenwart mehrerer Gerichtspersonen mit demselben verkehren.

In Turin sind wieder Gerüchte über eine Ministerreise verbreitet. In der Sitzung der Turiner Kammer vom 21. fragte Raffari, ob es wahr sei, daß die Regierung sich am Feldzuge nach Mexico theilnehmen wolle. Es war nämlich das Gerücht verbreitet worden, Italien solle Frankreich helfen, dem österreichischen Erzherzoge einen Thron in Mexico zu erstreiten, um dafür Venezien auszulösen. Der Conseil-Präsident antwortete mit einer diplomatischen Phrase, es sei niemals ein solches Verlangen an die italienische Regierung gestellt worden, auch habe die Regierung nie an einen solchen Feldzug gedacht; sollte aber ein solches Verlangen jemals gestellt werden, so werde sie so handeln, wie es das Wohl des Landes erheische.

[Aus Rußland.] Nach einer Petersburger Correspondenz der Berliner Kreuzzeitung vom 19. d. M. sind zwei Söhne des verstorbenen General-Adjutanten Grafen Rostovzoff ihrer Stellen als Adjutanten des Kaisers entsetzt worden. Der eine lebt in London und soll von dort Brandschriften hiehergeschickt, der zweite sie verbreitet haben. (Der alte Graf Rostovzoff debutirte übrigens bekanntlich auch 1825 als Verschwörer und denuncierte seine Genossen, wodurch er die Gnade des Kaisers Nikolaus erlangte.) Nach denselben Correspondenzen gehen in Petersburg Gerüchte um, daß ein Henker aus Finnland verschrieben sei, um die Todesstrafen zu vollziehen, und daß achtzehn Galgen errichtet seien.

Die aus Rußland eingetroffenen Berichte stimmen darin überein, daß die großen Feuerbrünste, welche die Hauptstadt verheerten und

grenzenloses Gland unter der Bevölkerung, namentlich unter den ärmeren Classen, von denen 25,000 obdachlos sind, verbreiteten, das Werk der revolutionären Partei sind. Mehrere in den Straßen aufgefundenen Brandbriefe, worin gedroht wird, nicht nur Petersburg, sondern alle größeren Städte der Erde gleich zu machen, setzen Dies außer Zweifel. Der Zweck, den die revolutionäre Propaganda verfolgt, geht offenbar dahin, die Regierung so in Schrecken zu setzen, daß sie sich zu Concessionen herbeiläßt und zugleich die untern Volks-Classen gegen dieselbe in Aufregung zu versetzen. Es soll im Werke gewesen sein, während des letzten großen Brandes die Fahne des Aufstandes zu erheben, was nur durch die getroffenen Vorkehrungen verhindert wurde. Die Zahl der Verhafteten ist sehr groß. Unter denselben befanden sich Männer aller Stände und Rangclassen, und namentlich auch viele Officiere. Zwölf Militärgerichtshöfe sind in verschiedenen Theilen der Stadt niedergesetzt worden, um die Verhafteten nach dem Kriegsgeetze zu richten. Sämmtliche Truppen sind conquiret, und ein großer Theil derselben durchzieht in kleineren und größeren Abtheilungen Tag und Nacht die Straßen.

[Aus Serbien.] Der Waffenstillstand dauert fort, und die Ruhe in Belgrad kehrt wieder. Die Regierung, schreibt die Dester. Zeitung, handhabt strenges Regiment und sucht die Landstürmer aus der Stadt hinauszubringen. Es war aber auch hohe Zeit, daß den Schreckensscenen Einhalt gethan wurde, die der Kannibalen würdig gewesen wären. Weibern wurden die Brüste ausgeschnitten, mit Türkensköpfen gewürfelt, Türkensköpfe im Triumphe auf Spießen umhergetragen, Türken- und Judenhäuser geplündert, und auch die österreichischen Unterthanen haben mehrfach an ihrer Habe Schaden genommen. Smlin wimmelt von Flüchtigen aus Belgrad. General Philippovich ist Tag und Nacht bemüht, einerseits jede Ruhestörung hintanzuhalten, andererseits die Obdachlosen unterzubringen.

Jetzt ist die Communication wieder hergestellt. Die vollen Unabhängigkeits-Gelüste sind es nicht mehr allein, die in den Köpfen spucken, sondern die Herstellung des alten Serbenreichs erhitzt die phantastischen Gemüther.

Die Stellung der Großmächte ist noch unklar. Frankreich hätte es anfangs nicht ungerne gesehen, wenn Oesterreich auf seine eigene Verantwortlichkeit handelnd intervenirt hätte; als es aber später nun seine eigene Meinung in categorischer Weise kundgeben sollte, ist es zurückhaltend geworden. An die Diplomatie wird die Frage heranrücken; es wird sich zeigen, ob sie fähig sein wird, dieselbe zu lösen.

Das arbeitame und intelligente Europa sehnt sich nach Ruhe; es ist der nationalen Hegen müde, und hat wahrlich keine Freude daran, daß man die orientalische Frage ohne Noth gewaltsam heraufbeschwören will. Diese Heraufbeschwörung könnte aber nur stattfinden, wenn eine Großmacht sich der serbischen Wirren bediente, um sie zu kriegerischen Zwecken auszubeuten.

Serbien für sich allein besitzt zum Glück die nöthige Kraft nicht, um die orientalische Frage aufzuwerfen.

Wie die Dinge gegenwärtig in Europa liegen, scheint keine Großmacht gesonnen, für die serbische Bewegung offen in die Schranken zu treten. Näht Serbien Träume des Ehrgeizes, schwebt ihm etwa die Gründung eines großen serbischen Reiches vor, so könnten solche Pläne nur auf Kosten der Sicherheit unseres Reiches verwirklicht werden, und einer detartigen Richtung müssen wir unbedingt entgegenreten, weil unser eigenes Interesse es gebietet.

Dieses offene Geständniß hindert uns gleichwohl nicht, auf unseren früheren Aeußerungen zu beharren, namentlich einen hohen Werth zu legen auf eine Oesterreich freundliche Gesinnung des Südslaventhums.

Aus dem Telegraphen Bureau:

Ragusa, 26. Juni. Am 24. griff Abdi Pascha die Stellungen der Montenegroer bei Spuz an und wurde mit bedeutendem Verluste, man sagt 3000 Mann, zurückgeschlagen.

Belgrad, 26. Juni. Der Commissär der Pforte und der neue Pascha hatten Audienz beim Fürsten. Der Waffenstillstand dauert fort, aber auch die Rüstungen werden fortgesetzt.

Berlin, 26. Juni. Dem Vernehmen nach wird Geheimrath v. Winter auf Antrag des Staatsministeriums der commissarischen Verwaltung des Polizeipräsidentiums entbunden. Es heißt, der König habe ihn als Beweis seiner Anerkennung zum Präsidenten der Regierung in Sigmaringen bestimmt.

Paris, 26. Juni. Die provisorische Einstellung der Einschiffung nach Mexico wird bekräftigt. Im gesetzgebenden Körper critisirte Jules Favre die Expedition nach Mexico. Billault antwortete hierauf.

Sernaustadt, 30. Juni. Der Director der Theißbahn kaiserlicher Rath Schimke ist gestern von Wien hier angekommen.

Mediasch, 28. Juni. In der heute abgehaltenen Stuhls-Versammlung kam das Protocoll des in der Stuhlsversammlung vom 23. Mai zusammengesetzten Comité's zur Berathung.

Bevor in die Einzeldebatte eingegangen wurde, war auch hier die Einigung über die Principienfrage, ob die politische und administrative Verwaltung der Städte, von der der Stuhls- oder Districts-Ortschaften getrennt werden solle oder nicht? — nöthig.

Es entspann sich hierüber eine kurze Debatte, worin sowohl gegen als auch für die Trennung Gründe vorgebracht wurden.

Die Gründe gegen die Trennung, worunter auch besonders der: „daß die Kosten der politischen Verwaltung, wenn die Revenüen der Stuhlscaffa nicht ausreichen, aus den einzelnen Particularcaffen bestritten werden müßten“ — errangen den Sieg.

Der Antrag des aufgestellten Comité's, welcher ganz für die Trennung lautete, fiel sonach mit 3 gegen 41 Stimmen.

Das österreichische Abgeordnetenhaus und das Budget der drei Hofkanzleien.

Durch das in No. 165 mitgetheilte Telegramm der „Herm. Zeitung“ haben unsere geehrten Leser bereits von den Grundzügen der in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. Juni stattgefundenen Verhandlung über das Erforderniß der drei Hofkanzleien Kenntniß erhalten. Das Bedeutungsvolle des Gegenstandes macht es nichtsdestoweniger zur Pflicht, auf denselben hier ausführlicher zurückzukommen.

Der Antrag Wieser's, von welchem in unserem Telegramme die Rede war, lautete folgender Maßen:

Das h. Haus wolle beschließen:

1. Es seien die das Erforderniß der ungarischen, siebenbürgischen und croatisch-slavonisch Hofkanzleien betreffenden Positionen im Staatsvoranschlage pro 1862 und zwar für die ungarische Hofkanzlei mit 13 Mill. 785,404 fl., für die siebenbürgische mit 3,229,171 fl. für die croatisch-slavonische mit 1,909,310 fl. aufzunehmen, und es habe jede Debatte und jede in das Einzelne dieser Positionen eingehende Berathung und Abstimmung zu entfallen.

2. Sei in Erwägung, daß die staatsrechtliche Consolidirung der Monarchie, die Befestigung verfassungsmäßiger Zustände, die finanzielle Lage des Reiches und deren europäische Machtposition die Ordnung des Verhältnisses des Königreiches Ungarn und seiner Nebenländer in und zur Gesamtmonarchie erfordere, die Erwartung auszusprechen, es werde Sr. Majestät Regierung jene Maßregeln mit thunlichster Beschleunigung ergreifen, welche geeignet erscheinen, ohne Gefahr für die notwendige Einheit der Monarchie und für das constitutionelle Prinzip die gemeinschaftliche Behandlung aller dem Reiche gemeinsamen Angelegenheiten verfassungsmäßig herbeizuführen und dauernd zu sichern.

Dem entgegen stellte der Abgeordnete Dr. Rechbauer aus Steiermark folgenden ungerechtfertigten Antrag, der kein besseres Schicksal verdiente, als das, daß er im Hause der Abgeordneten gar keine Unterstützung und so wenig Anklang fand, daß er gar nicht zur Abstimmung gebracht werden konnte.

Der Antrag des Dr. Rechbauer lautete:

„Es sei in eine Berathung und Beschlußfassung über das Erforderniß der ungarischen, siebenbürgischen und croatisch-slavonischen Hofkanzlei nicht einzugehen (Rufe links: Oho!), sondern lediglich der Regierung zu überlassen, den erforderlichen Aufwand für diese Position dem Abgeordnetenhause zur Aufnahme in das Finanzgesetz pro 1862 bekannt zu geben.“

Die von Sr. Excellenz dem Herrn Staatsminister v. Schmerling abgegebene Erklärung lautet ihrem vollen Inhalte nach wie folgt: Ich habe seitens der Regierung bezüglich des Antrages des Abg. Dr. Wieser nur Einiges zu erklären: Durch den ersten Theil des Antrages wird dem Zwecke vollständig entsprochen, daß der Regierung die Mittel zur Verfügung gestellt werden, den Bedürfnissen der zur ungarischen Krone gehörigen Länder zu entsprechen; da nur eine Pauschalsumme in das Budget eingestellt werden soll, so wird denjenigen Herren, die gesetzlich diese Länder zu leiten haben, ohnehin die Möglichkeit geboten, den eigentlichen Bedürfnissen des Landes in einem oder dem anderen Zweige der Verwaltung Rechnung zu tragen.

Was den zweiten Theil des Antrages des Abg. Dr. Wieser betrifft, so ist es gewiß für die Regierung nur erfreulich, auszusprechen zu können, daß in dem ausgedrückten Wunsche die Anschauungen der

Regierung mit denen des geehrten Herrn Antragstellers, die ungewiss ist im Hause nur eine einstimmige Zustimmung finden werden, sich begegnen.

Nichts liegt der Regierung so sehr am Herzen, als das die Verfassung nach allen Richtungen zur Wahrheit werde (Bravo), und freudig wird sie den Tag begrüßen, an welchem auch jene Königreiche und Länder, die bis zur Stunde die Vertretung in diesem h. Hause nicht gefunden haben, durch ihre Vertreter diese Plätze füllen und die gemeinschaftliche Berathung der der gemeinschaftlichen Vertretung vorbehaltenen Gegenstände vornehmen. (Beifall). Was Versöhnung, was Ueberzeugung und was Ueberredung zur Förderung dieses Zweckes beitragen kann, an dem wird es die Regierung nie fehlen lassen, und ich betone vor allem das Wort, die Regierung werde Alles ins Werk zu setzen bemüht sein, um die Verständigung anzubahnen (Bravo), und es wird nur der Ton der Versöhnung sein, der alle Acte der Regierung begleiten wird. (Beifall). Aber das muß ich im Namen der Regierung unumwunden und frei aussprechen, nur auf Grundlage jener verfassungsmäßigen Einrichtungen, die von Sr. Majestät gegeben worden sind, und an denen die Regierung unter allen Bedingungen festhalten will (Beifall, Rufe: sehr gut), soll das Werk der Verständigung und Vereinigung zu Stande kommen. (Allgemeiner Beifall).

Bei der Abstimmung werden beide Anträge des Dr. Wieser mit großer Majorität angenommen.

Dies der Inhalt der Verhandlung über einen Gegenstand, der das Interesse Siebenbürgens in einem so hohen Grade berührt.

Die eben so zur einträchtigen Verständigung geneigte, als staatsmännische Erklärung Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers und die Haltung des Abgeordnetenhauses dem Budget der drei Hofkanzleien gegenüber, ist im vollsten Maße geeignet, einen sehr befriedigenden Eindruck auf jedes unbefangene Gemüth und das Gefühl des Bedauerns hervorzubringen, daß eine krankhafte Verirrung, deren Heilung wir von der Natur der Sache und Zeit erwarten, die Ursache ist, daß das Budget der drei Hofkanzleien ohne die Anwesenheit der Abgeordneten der denselben unterstehenden Länder in einer Versammlung berathen werden mußte, deren bisheriges gemeinnütziges, Vertrauen erweckendes Wirken und tactvolle Haltung gar vortheilhaft von Verhandlungen in gewissen anderen legislativen, nun aufgelösten Körperschaften abstricht, von denen selbst der mildeste und nachsichtigste Beurtheiler ein Gleiches nicht behaupten kann.

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. Juni enthüllt uns zwei große unbefreitbare Wahrheiten, von denen es zweifelhaft ist, welche von beiden einflußreicher und höher anzuschlagen ist.

Die erste dieser Wahrheiten ist die Nothwendigkeit des Festhaltens an der Einheit des österreichischen Kaiserstaates und an den von Sr. Majestät zum Wohle des großen österreichischen Ganzen und aller seiner Glieder verliehenen Verfassungs-Institutionen. Die zweite dieser Wahrheiten ist die Ueberzeugung, daß die Hindernisse einer Verständigung nicht auf Seite des Herrn Staatsministers Ritter v. Schmerling und des österreichischen Reichsrathes liegen.

Es ist mehr als eine schneidende Ironie des Zufalles, daß wir zu derselben Zeit, wo man in Wien eine so gewianende Haltung beobachtet, im „Jók Tanuja“, einem clericalen ungarischen Blatte lesen müssen: das Februarpatent sei die vollständige Negation der Cardinalrechte der ungarischen Constitution, während „Pesti Naplo“ so ziemlich unverholen erklärt, daß eine Verständigung mit Ungarn auf Grundlage der gegenwärtig zu Recht bestehenden Verfassung unmöglich sei.

Wir können unmöglich glauben, daß diese magyarischen Stimmen die wahre Gesinnung der ungarischen Nation aussprechen, und wollen hoffen, daß man dort zwischen der nothwendigen, durch die Gesetze des staatlichen Lebens bedingten Fortentwicklung der ungarischen Constitution und einer Negation derselben doch endlich zu unterscheiden lernen wird.

Zur Verständigung.

Die „Hermannstädter Zeitung“ hat wieder einmal das Schicksal, der magyarischen Journalistik, zumal dem „Kolozvári Közlöny“, zu mißfallen. — Schicksale muß man ertragen! — In der 99. Nummer dieses Blattes wird uns der Text gehörig gelesen. — Da wir mit einer sofortigen Einberufung des ungarischen Landtages nicht einverstanden sind, so werden wir als ein Gegner der Verständigung, der Ausgleichung, oder wie jetzt der terminus technicus ist, der „Versöhnung“ dargestellt. Alle Wiener Blätter fast werden uns citirt, welche die Vergleichung predigen, um uns unser Verbrechen recht zu veranschaulichen, daß wir armes Provinzial-Blatt es wagen, in diesen resüdenslichen Chorus nicht mit vollen Backen einzustimmen, und wir

müssen zugeben, daß der „Kolozvári Közlöny“ vollkommen Recht hat, wenn er sagt, daß „also der Herr Kuranda der Vereinbarung mit den Ungarn eine viel größere Wichtigkeit beilegt, als der würdige Herr Schmidt.“

Wir präsumiren zunächst, daß „Kolozvári Közlöny“ zugibt, daß wir die Wiener Blätter wenigstens eben so aufmerksam lesen, wie er selber. Nur folgt daraus nicht, daß wir immer derselben Ansicht sein müssen, wie diese Wiener Blätter. Die „Hermannstädter Zeitung“ ist kein Abklatsch derselben, und wenn wir die Verdienste derselben auch gehörig würdigen, so unterstehen wir uns doch auch, unsere eigene Meinung zu haben.

Wir werden dieselbe unverdrossen aussprechen, so lange sie Jemand lesen mag! —

Ja, ja, wir sind auch bei der Verständigung dabei; nur wünschen wir deren nähere Formulirung.

Wir sind einverstanden, wenn gesagt wird: „Nekünk Ausriával van jóvónk, kivüle nincsen!“ (Wir haben mit Oesterreich eine Zukunft, außer demselben keine).

Aber wir sind nicht einverstanden, wenn gesagt wird: „Es mi magyarok, mi joggal követeljük, hogy az örökös tartományok szövetségünk életadó becsét elismerjék, mig mi nem adjuk jelét annak, hogy az ő szövetségük elöttünk hasonló becsü.“ (Und wir Magyaren, wir können mit Recht fordern, daß die Erbländer den lebengebenden Werth unseres Bündnisses anerkennen, so lange wir nicht Zeugniß davon geben, daß ihr Bündniß für uns von gleichem Werthe sei.)

Das ist die Sache.

Die „szövetség“ — das Bündniß.

Wir glauben nemlich, daß die in dem Königreiche Ungarn wohnenden Magyaren eben so gleichberechtigte Bewohner des Kaiserthums Oesterreich sind, wie die übrige Bevölkerung des Reiches. Wir glauben, so wie diese ein eigenes Bündniß mit Oesterreich zu schließen nicht begehrt, so wäre auch das Verhältniß der magyarischen Nation zur Monarchie nicht erst heute zu schaffen, sondern ist schon seit Jahrhunderten festgelegt. Wir haben Nichts einzuwenden gegen die Ceremonie, daß die Krone des heiligen Stephan auf das Haupt des österreichischen Kaisers gesetzt werde, aber wir sind nicht ohne Besorgniß, daß bei dieser Gelegenheit Bedingungen gestellt werden, welche entweder den Rechten der Majestät oder jenen der gleichberechtigten Völker präjudiciren, und wir glauben ganz besonders, daß der Sag: „Ungarn ist noch nicht, sondern wird erst werden!“ auf Oesterreich nicht angewendet werden kann, da Oesterreich schon ziemlich lange besteht.

Auch wissen wir nicht, warum die magyarische Journalistik auf dem „Bündniß“ besteht, welches zugestandener Maßen so wenig Werth für sie hat.

Auch ist es uns nicht ganz klar, in wie weit dieses „Bündniß“ gerade für die Erbländer von so „lebengebenden“ (életadó) Werthe sein soll. Gedenken die Magyaren, wenn es zu dem vutilirten „Bündniß“ käme, mehr Recruten zu geben und höhere Steuern zu bezahlen; oder glauben sie, der Dualismus, auf den die ganze Comödie denn doch hinausläuft, werde gestärkt sein, das Reich oder die Erbländer nach innen und außen zu stärken? —

Ja, ja, wir sind bei der Verständigung auch dabei, wenn sie darin besteht, daß die unruhmthätige Opposition aufgegeben werde, und daß die gleichberechtigten Völker Oesterreichs sich in dem Gedanken einigen, daß sie zusammenstehen müssen, schon in ihrem eigenen Interesse, bei den Kämpfen, die ihnen der Unstern des Jahrhunderts vorbehalten haben kann.

Aber wir glauben, daß ein schon jetzt einberufener Landtag noch nicht jene besonnenen Elemente in sich versammeln werde, welche mit klarem Blick das punctum saliens des eigentlichen Verhältnisses Ungarns in und zu Oesterreich herauszufinden vermögen. Eine nochmalige Täuschung aber, eine nochmalige Anstrengung, den Staat Ungarn im Staate Oesterreich aufzubauen, die halten wir für bedenklich!

Anregungen.

Meine Schwiegermutter.

(Fortsetzung).

Bald brachte mich Iher Doctor zu einem Wagen, und nach einer Fahrt von wenigen Minuten hielten wir vor meiner neuen Heimat.

Ich hatte mir eine Hütte auf einem Hügel inmitten schützender Bäume belegen, gedacht, arm und romantisch; doch ach! ein statliches

Steinhaus starrte mir ins Gesicht, und damit war mein Traum von „Liebe in einer Hütte“ zerfallen.

Ich muß gestehen, daß ich mich getäuscht fühlte, und ich mag so angesehen haben, als ich in den Parloir trat, wo nichts fehlte, was Gold kaufen konnte.

„Gefällt es Dir nicht?“ fragte mein Mann.

„O ja!“ antwortete ich, doch erzählte ich etwas von der Wahrheit, dann in leiser Stimme setzte ich hinzu, „daß ich immer geglaubt habe, Aerzte seien arm.“

Dr. Carter lachte und versicherte mir, daß er mich nicht würde von meiner Heimat genommen haben, ohne im Stande zu sein, mir eine gleich gute dafür wieder zu bieten.

Damit war der zweite meiner Tag-Träume vernichtet, der nämlich, daß ich für ihn arbeiten wollte, daß ich meine Bedürfnisse feinetwillen einschränken, kurz, daß ich eine Heldin werden wollte in irgend einer Art, ich wußte selbst nicht recht wie.

Ich schützte Ermüdung vor und ging auf mein Zimmer.

Die Bequemlichkeit und Eleganz desselben ärgerte mich und ich vergoß Thränen bei dem Gedanken an meine Aussichten für die Zukunft. — Sie war die einer wohlhabenden Frau — nichts weiter.

Ich, die sich eingebildet hatte, daß ihrem Hochzeitstage eine Reihe von Entbehrungen und Prüfungen folgen werde, durch welche ich mich triumphirend durcharbeiten wollte, „Lob und Ehre gewinnend“ von allen Seiten.

In meiner Verlobung war keine Romantik gewesen, in meiner Heirath sollte auch keine sein.

Die traurigen Gedanken wurden durch nahende Tritte unterbrochen.

Ich wusch schnell meine verweinten Augen und versuchte meinem Gemal, der eintrat, zufriedenen Angesichts entgegen zu treten. Und es war erstaunlich, wie schnell ich in seiner Gegenwart und unter seinen Gesprächen über Bücher und Autoren, als er mir seine schöne Bibliothek zeigte, wirklich meine Heiterkeit wieder erlangte.

Wir saßen gemüthlich neben einander auf dem Sopha in dem kleinen Lesezimmer, als uns das Rauhschen eines seidenen Kleides hörte. Carter sprang von meiner Seite auf und stellte mich einer stattlichen Dame, seiner Mutter, vor. Er hatte mir oft von seiner Mutter erzählt, und ich hatte mir vorgestellt, daß sie mich an der Thür des Hauses empfangen, mich herzlich umarmen, mich ihr Kind nennen und für mein Glück beten würde.

Ich hatte mir oft in Gedanken ein solches recht hübsches Tableau ausgemalt, und als ich nichts von ihr sah, hatte ich gedacht, sie möchte abwesend sein.

Sie hatte jedoch die Zeit, bis sie mich zu begrüßen kam, wie ihr Anzug vermuthen ließ, damit zugebracht, ihre Toilette zu machen, und ich hätte sowohl versuchen können, Washingtons Säule zu umarmen, als diese stattliche, kalte Dame an mein Herz zu drücken.

Sie schien auch in der That nicht solche Demonstrationen zu erwarten. Ich nahm die mir dargebotene Hand und antwortete auf ihre Bemerkungen über das Wetter in einer so kalten, gleichgültigen Weise, wie sie von ihr gemacht wurden. Ich begriff sogleich, daß, was auch immer ihr Sohn gethan haben mochte, sie weit davon entfernt war, ein Gleiches zu thun: sich auf den ersten Blick in mich verlieben, und mir war eben so einleuchtend, daß meine Gefühle für sie nicht den Namen zärtlicher Zuneigung verdienen würden.

Die Zeit des Abendessens war gekommen, und als ob ich ein Gast des Hauses sei, führte sie mich an den Tisch, wies mir einen Platz neben ihrem Sohne an und übernahm selbst die Honeurs des Servirens.

Meine Wangen erglühten ein wenig bei dieser summarischen Weise, meiner und meiner neuen Würde los zu werden.

Ich bin nie besonders begierig gewesen nach der Ehre des Vorsetzes irgend einer Art, am wenigsten dessen am Tische, und hätte gern meiner Schwiegermutter dieß lästige Amt abgetreten, doch ich hatte die Wahl nicht, das war es, was mich verdroß. Hätte sie mich gefragt, da hätte ich mit Anstand, ohne mich zu vergeben, wenn auch moralisch gezwungen, mein Recht aufgeben können; doch mir ward nicht einmal die leere Auszeichnung einer freiwilligen Abtretung, ich ward mit meinen Ansprüchen übersehen. — Ich sagte nichts.

Doch unter aller der ausgefuchten Höflichkeit meiner Schwiegermutter gegen mich entdeckte ich leicht, daß sie eifersüchtig auf mich war, und sich vorgenommen hatte, mir nichts einzuräumen.

„Wenn dies eine Kriegserklärung ist, so bin ich bereit, ihr zu begegnen,“ dachte ich, während ich mich anscheinend ruhig fügte.

Wie die Zeit so hinging, hatte ich entdeckt, daß ihre Tactik sich hauptsächlich darauf beschränkte, eine patronisirende Miene gegen mich anzunehmen und mich bei jeder Gelegenheit ihr Uebergewicht und meine Unbedeutendheit fühlen zu lassen.

Sie übernahm es sehr gefällig, die Damen, welche mit mir zu besuchen kamen, zu unterhalten und mich in den Hintergrund zu drängen, und mir, wenn sie sich entfernten, zu empfehlen, welcher derselben ich die größte Aufmerksamkeit schenken müsse. —

Besonders vor dem Umgange Einer Dame hatte sie mich gewarnt, und obgleich Madame Bogan auf mich keinen besonders günstigen Eindruck gemacht hatte, so war sie doch die Erste, der ich eine Gegenvisite abstattete, nur weil ich sah, daß es meiner Schwiegermutter unangenehm war.

Madame Bogan erwiderte meinen Besuch, so schnell es der Anstand nur gestattete. Ich fand, daß sie gut sang, und bat sie, mit mir Duette einzüben. So wurden wir sehr intim. —

(Fortsetzung folgt.)

Das erste Sängerefest in Siebenbürgen.

(Separatabdruck aus der Kronstädter Zeitung.)

In Nr. 160 der „Hermannstädter Zeitung“ ist auf Seite 639 die merkwürdige Notiz zu lesen: „Nach der Kronstädter Zeitung“ ist in „Kronstadt“ am 9–11. Juni 1862 „das erste Sängerefest in Siebenbürgen“ gefeiert worden. Merkwürdig ist diese Notiz, weil man aus ihr merkt, mit welcher humaner Theilnahme, mit welcher inniger Wärme die „Hermannstädter Zeitung“ die Vorgänge in Kronstadt aufsaugt und dieser freundschaftlichen Auffassung tiefgefühlten, berebten Ausdruck verleiht. Was man sonst noch dieser Notiz anmerkt, möge dahin gestellt bleiben. Dessenungeachtet diene, selbst auf die Gefahr einer ähnlichen Notiz in der „Hermannstädter Zeitung“ recht bald zu begegnen, zur Wissenschaft, daß ein Separatabdruck aus der „Kronstädter Zeitung“ Nr. 96 und 97, in welchem „das erste Sängerefest in Siebenbürgen, gefeiert zu Kronstadt am 9–11. Juni 1862“ beschrieben steht, erschienen ist.

Wir wenden uns an alle Freunde unseres Männergesangsvereins mit der höflichen Bitte, sich diese Broschüre umsonst anzuschaffen, als der Reinertrag zur Deckung des noch nicht bedeckten Restes für die Sängerefabrik bestimmt ist. Ein Exemplar kostet 50 kr. Exemplare sind in der Buchhandlung von Haberl und Simbel und in Gött's Buchdruckerei zu haben. (Kr. Jtg.)

Wir glauben diese merkwürdige Reclame hier ohne allen Commentar wiedergeben zu sollen. D. R. v. S. 3.

ANZEIGER zur Hermannstädter Zeitung.

Colonial-Zucker

6-6

aus der

k. k. priv. Zucker-Raffinerie

von

Reyer & Schlik in Wiener Neustadt.

21

Fabrikzeichen: R & S

N

COL.

Expedition:
F. A. K. Krabs.

Hermannstadt.
Verantwortlicher Redacteur, Eigentümer und Verleger:
Heinrich Schmidt.

Schnellpressendruck:
v. Cloßius'sche Buchdruckerei.